

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Geheimt mündlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 9.90 RM. frei im Hause, einschließlich der Belegung. Mein Garten, Die Frau und ihre Welt, Der bessere Alltag, Praktisches Wissen für Alle, Unterhaltungsbücher. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Hause höherer Gewalt wird kein Schadenleid geleistet.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die schriftgeprägten Imm. bzw. (Welt-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärtig 20 Pg. Bei Wiederholung entsprechender Redaktionen fallen Kosten pro Seite 40 Pg. Verbindlichkeit für Wohl, Datumsstempel und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr für Öffentl. und Wissenschaft 15 Pg. Zeitungskosten werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20711.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenbergs

Nr. 147

Donnerstag, den 8. Dezember 1932

25. Jahrgang.

## Faustkampf im Reichstag

Mehrere Abgeordnete verletzt — Kurze Unterbrechung der Plenarsitzung

### Die Wünsche der Landgemeinden

Der geschäftsführende Präsident des Preußischen Landgemeindetages West, Dr. Göb, sprach in Dortmund über die Stellungnahme der Landgemeinden zur Finanz- und Verwaltungsreform unter besonderer Würdigung der Arbeitslosenfrage. Er führt u. a. folgendes aus:

Bei der Bedeutung, die den Gemeinden als Fundament für Staat und Reich zukommt, muß das höchste Ziel jeder Finanz- und Verwaltungsreform die Gesundung der Gemeindenfinanzen sein. Die bisherigen finanzpolitischen Maßnahmen müssten Stückwerk bleiben, da sie nicht von den kommunalen Spartenverbänden seit Jahr und Tag bekämpften Kontraktionsfehler in der Ausbringung des Wohlfahrtsstaats befreit haben. Die Erhaltung einer geordneten Gemeindefinanzwirtschaft ist auf die Dauer nur möglich, wenn die organisatorische und finanzielle Neuordnung der gesamten Arbeitslosenhilfe kommt. Die Verschiebung der Lasten in der dreigeteilten Arbeitslosenfürsorge auf die Gemeinden hat in den letzten Monaten ununterbrochen angehalten. Schon hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Systems der Arbeitslosenhilfe. Die Einheitlichkeit der Betreuung und der Feststellung ausreichender Leistungen durch eine Stelle muss kommen.

Dieses Ziel schien vor kurzem fast erreicht. Nunmehr hat aber die Reichsanzalt zu einem Gegenloch ausgebaut, indem sie in einem längeren Gutachten über die Mitwirkung der Gemeinden bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung und Kreisfürsorge an Hand von Einzelfällen den Nachweis zu erbringen sucht, daß die Gemeinden außerstande seien, eine gerechte, einheitliche und den finanziellen Interessen des Reiches entsprechende Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durchzuführen. In dem Gutachten werden auf Grund von Einzelfällen, die in der Vergangenheit von drei Monaten festgestellt wurden, generelle und nachteilige Schlüssefolgerungen für die Tätigkeit der Gemeinden gezogen. Hierbei wird völlig außer acht gelassen, daß auf Grund der Einschaltung der Gemeinden in der Arbeitslosenversicherung und Kreisfürsorge nicht weniger als 195.000 Fälle, d. h. 9.5 Prozent aller Unterflügungsfälle, ausgeschieden wurden und in 878 Fällen, d. h. 42 Prozent der Unterflügungsfälle, eine Senkung der Säge unter dem Tabellenzähler der Arbeitsämter durchgeführt wurde. Im Gesamtergebnis bedeutet das ein Eingreifen der Gemeinden in 51.5 Prozent der Unterflügungsfälle und eine Ersparnis von rund 100 Millionen Reichsmark. So sehr eine Belebung der vorhandenen Unebenheiten zu erstreben ist, so sehr muß man aber auch der Tendenz des Gutachtens entgegenstehen. Aufgabe der kommunalen Spartenverbände wird es sein, auf Grund zuverlässiger Unterlagen in einem Gutachten die Argumente der Reichsanzalt zu entkräften.

Neben einer baldigen befriedigenden Neuordnung der Ausbringung der Wohlfahrtsstaaten ist die dringliche Aufgabe die Schaffung eines neuen Finanzausgleichs, bei dem auf die Lebensbedürfnisse der Landgemeinden nicht als bisher Rücksicht zu nehmen ist. Den Gemeinden ist durch ein neues Gemeindeleistungsfest die Möglichkeit der Ausgabenbedeckung zur Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben zu geben. Die Realsteuern sind ihnen ganz zu überlassen. Dazu muß eine besondere Personalsteuer treten. Darüber hinaus sind die Gemeinden an den Finanzzuweisungen durch das Reich zu beteiligen. Die Abgrenzung der finanziellen Befugnisse der Gemeinden hat so zu erfolgen, daß ein Zugriff durch die Kreisinstanz und damit eine Aushöhlung der gemeindlichen Finanzbasis vermieden wird.

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform ist trotz des ständigen Rütes nach Verwaltungsvereinfachung und Verbesserung die Reichsreform noch nicht vormalig gekommen. Allerdings ist eine verfehlte Reichsreform in finanzieller Hinsicht durch manche Bestimmungen in den Reichsverordnungen enthalten, durch die die Souveränität der Länder erheblich eingeschränkt worden ist. Der Sturm der Notverordnungen hat die Selbstverwaltung fast völlig hinweggefegt.

Die grundsätzliche Forderung ist nach wie vor, daß die Rechte der Landgemeinden mit den Städten. Sedoch ist die Erhaltung und Schaffung leistungsfähiger Landgemeinden erforderlich, weil nur dann die finanzielle Basis zur Durchführung der Selbstverwaltungsmaßnahmen gegeben ist. Die Bildung leistungsfähiger Amtier durch Zusammenlegung kleinerer Amtier unter Berücksichtigung der örtlichen, insbesondere verkehrs- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse ist zu befürworten. Dagegen sind etwaige Bestrebungen der Städte, benachbarte Amtier einzugeben, aufs schärfste abzulehnen. Das neue Gebäude der Verwaltungsreform wird nur Bestand haben, wenn es aufgebaut ist auf den Grundfesten der Selbstverwaltung, auch der Landgemeinden.

Alle Fragen der Finanz- und Verwaltungsreform werden durch das Zentralproblem der Arbeitsbeschaffung

und überschattet. Der Zweck der Arbeitsbeschaffung, nämlich Linderung der Arbeitslosigkeit, kann aber nur erreicht werden, wenn auch die kleineren Gemeinden bei der Bereitstellung der Mittel berücksichtigt und bei der Durchführung der Arbeiten die Wohlfahrtsverbände in einem hinreichenden Verhältnis beteiligt werden. Auch die Wirtschaft hat großes Interesse daran, daß die Arbeitnehmer aus dem Heer der langfristigen Erwerbslosen genommen werden. Die Landgemeinden halten die Ergänzung der Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung durch ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm für notwendig. Nach den bisher bekanntgewordenen Vorstößen würden aber die Gemeinden ihre bisherigen unerträglichen Wohlfahrtslasten in voller Höhe decken. Dazu käme als zulässige Belastung die Verzinsung und Tilgung von etwa 150 Millionen für Materialien usw., sowie die Tilgung von etwa 250 Millionen Steuergutschriften. Eine solche Regelung ist für die Gemeinden untragbar und unannehbar. Bei der Auswahl der Arbeiten darf das Schwergewicht keineswegs auf die vorstädtische Kleinsiedlung gelegt werden.

### Stürmische Plenarsitzung

Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten in zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 8. Dezember.

Die zweite Plenarsitzung des neuen Reichstags nahm einen überaus stürmischen Verlauf und endete mit einem Faustkampf, an dem zahlreiche Abgeordnete teilnahmen.

Eröffnet wurde die Sitzung mit der Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der Schriftführer durch den Präsidenten Göring. U. a. ist auch der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Reichsrat Dr. Hugenberg, gewählt worden. Eine längere Debatte entpuppt sich dann über die am Vortage vorgenommene Neuwahl des Präsidenten. Namens der nationalsozialistischen Fraktion beantragte Dr. Fried Wiederholung der Wahl des dritten Vizepräsidenten. In der Abstimmung wurde die Gültigkeit der Wiederholung mit 289 gegen 201 Stimmen bei 58 Stimmenthaltungen verneint.

Auf die Frage, ob er die Wahl annehmen wolle, erklärt Abg. Löbe, er habe nach dem am Dienstagabend festgestellten Ergebnis noch Zweifel gegeben, ob er dies Amt annehmen könne. Nachdem aber durch die Bemühungen des Abg. Fried (Heiterkeit) diese Zweifel beseitigt seien, die Gültigkeit des Wahlganges nun zweifelsfrei feststehe und ein neuer Redenfehler wohl nicht passiert sei (erneute Heiterkeit), nehme er die Wahl an.

Vizepräsident Eßer macht dann Mitteilung von der Bildung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung mit dem Abg. Löbe (Soz.) als Vorsitzenden und des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten mit dem Abg. Fried (Naz.) als Vorsitzenden.

Als Heraus Abg. Herrn Brandenburg (Komm.) von dem Werksunglück in Prenzlau bei Rathenow Mitteilung macht, erheben sich die Abgeordneten von den Plätzen. Fortlaufend spricht der kommunistische Redner von einem „Arbeitskreis“ als Ursache des Unglücks. Es ertönen laute Brüllerufe, auch nehmen nun die übrigen Abgeordneten ihre Plätze wieder ein. Vizepräsident Eßer erhebt Protest gegen die Aussführungen des kommunistischen Abgeordneten.

Die Erledigung der Tagesordnung begann der Reichstag nun die 1. und 2. Lektüre des von den Nationalsozialisten und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfs bezüglich der Stellvertretung des Reichspräsidenten durch den Präsidenten des Reichsgerichts.

### Zwischenfälle auf der Tribüne

Während der folgenden Rede des Abg. Schneller (Komm.) zum Stellvertretungsgesetz kam es zur Unterbrechung der Sitzung. Abg. Schneller hatte mehrmals dann den Reichspräsidenten mit scharfen Worten kritisiert, worauf Vizepräsident Eßer den Redner zur Ordnung rief und ihm schließlich das Wort entzog. Die Kommunisten riefen im Chor: „Nieder mit Hindenburg!“ Ein Tribünenbesucher stimmte mit ein und wurde darauf von einem uniformierten Diener auseinandergezogen.

Als der Tribünenbesucher kurz danach in neue Niedertrüke der kommunistischen Fraktion einstieg, wurde er von anderen Besuchern von der Tribüne gedrängt. Jetzt erhob sich in der kommunistischen Fraktion lautstark. Gleichzeitig begab sich der Demonstrant auf die Tribüne zurück, wo er von inquisitiven herbeigeeilten Abgeordneten in Uniform energisch hinausgedrängt wurde. Inzwischen hatte Vizepräsident Eßer wegen des tumultes im Sitzungssaal seinen Präsidentenstuhl verlassen und damit die Sitzung unterbrochen. Ein arroser Teil der kommunistischen Reichs-

plenarsitzung stürzte aus dem Saal, um auf die Publikumstribüne zu gelangen, was wiederum zur Folge hatte, daß auch ein Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten ihren Parteifreunden zu Hilfe eilten.

Nach Aussagen von Tribünenbesuchern hat sich der demonstrierende Zuhörer schon am Vortage auffällig benannt, indem er kommunistischen Rednern und Zwischenrufen ständig Beifall zollte und selbst Zwischenrufe machte. Als der Demonstrant dieses Benehmen in der neuen Sitzung fortsetzte, beschwerten sich andere Besucher bei dem Reichstagbeamten, der darauf den Demonstranten verwarnte.

### Handgemenge im Wandelgang

Während dann nach weiteren Zwischenrufen verlucht wurde, den Demonstranten von der Tribüne zu entfernen, gab der Präsident gleichzeitig Auftrag, die Tribüne zu räumen. Inzwischen hatte sich auf der Tribüne aber schon ein Handgemenge entwickelt, da der demonstrierende Tribünenbesucher heftigen Widerstand leistete. An der Tür der Tribüne zeigten sich auch uniformierte Nationalsozialisten. Als gleichzeitig aus dem Sitzungssaal auch kommunistische Abgeordnete verliefen, auf die Publikumstribüne zu gelangen, folgten ihnen weitere Nationalsozialisten.

Beide Gruppen trafen auf dem Wandelgang hinter der Regierungstribüne aufeinander. Es gab zunächst einen heftigen Worthetzel, der dann aber ablaufen. Plötzlich flog in hohem Bogen ein Spucknapf durch die Luft. Im gleichen Augenblick entstand eine schwere Schlägerei zwischen etwa vierzig bis fünfzig kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten, wobei nicht nur Abgeordnete und Bulldog als Waffen benutzt wurden, sondern auch Telephonapparate und Schreibtische, die man aus der Wand riss, verwandt wurden. Mehrere Glassplitt aus Verbundungstüren gingen in Trümmer. Schließlich wurden die Kommunisten von den Nationalsozialisten bis in den Wandelgang zurückgedrängt, in dem diese sich gewöhnlich aufzuhalten. Im Verlaufe des Handgemenges erlitten mehrere Abgeordnete blutige Verlebungen.

Über die Ursache des Zwischenfalls auf der Tribüne verlautete weiter, daß von kommunistischen Tribünenbesuchern einer Nationalsozialistin, die energisch zur Ruhe aufgefordert hatte, Beleidigungen zugerufen worden seien sollen. Bei dem demonstrierenden Tribünenbesucher handelt es sich um das kommunistische Mitglied des Mecklenburgischen Landtags Quandt.

Bei der Schlägerei in den Wandelgängen wurde auch ein Tisch in so hohem Bogen geschleudert, daß der ziemlich hoch hängende Kronleuchter in Trümmer ging. Durch die herabfallenden Glassplitt wurden mehrere Abgeordnete verletzt, am schwersten der nationalsozialistische Abg. Lohse, der ein Telephonapparat am Kopf traf.

### Wiederaufnahme der Sitzung

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte Vizepräsident Eßer mit, daß sich inzwischen auch der Amtstestament mit den neu bedauerten Vorgängen befaßt hat. Präsident Göring habe eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Das Haus setzte dann die Aussprache über das Stellvertretungsgesetz fort.

Abg. Dr. Fecht von Freytag-Loringhoven (Nat.) erklärte, es möge auf den ersten Blick einleuchten, daß es sich empfehle, dem obersten Repräsentanten der Rechtspleite vertretungsweise die Rechte des Reichsgerichts zu geben. Einer näheren Prüfung halte dieser Gedanke aber nicht stand. Der Reichsgerichtspräsident werde unter Geschäftspunkten ausgeführt, daß ihn gerade zum Vertreter des Reichspräsidenten ungeeignet machen. Einen schlagnenden Beweis für die Berechtigkeit dieses Gedankens habe gerade das jüngste Leipzigser Urteil geleistet, das politisch unzuverlässig einen unerträglichen Mißgriff bedeutet. Es sei auch ein demokratischer parlamentarischer Gedankengang, die Justiz über die Volksgerichtschaft hinauszuhaben und den Wahlgedanken hinter dem des Reichsstaates zurücktreten zu lassen. Deshalb lehnten die Deutschen nationalen diese Art der Stellvertretung ab und beantragten, dem Reichspräsidenten selbst die Beleidigung seines Vertreters zu überlassen.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) erklärte, die Nationalsozialisten wollten mit ihrem Gesetzentwurf ein Hindernis aus dem Wege zum Reichstagsverbot wegräumen. Die Deutschen nationalen dagegen hatten die Röte aus dem Sac gelassen. Wenn die Sozialdemokraten dem Antrag zustimmen, so leite sie dabei der Gedanke, eine Dauerregelung der Stellvertretung des Reichspräsidenten herbeizuführen.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaft) begrüßte den Antrag der Nationalsozialisten außerordentlich. Dieser Antrag füllte eine Lücke der Verfassung aus. Abg. Torgler (Komm.) befürwortete die Institution des Reichspräsidenten überhaupt.

Nach Zurückziehung des Gesetzentwurfs der Bayerischen Volkspartei wurde der nationalsozialistische Gesetzentwurf in

erster und zweiter Lösung gegen Deutschnationale und Kommunisten angenommen.

Es folgte die Beratung der Anträge verschiedener Parteien auf Wiederholung bzw. Aufhebung von sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 4. September auf Winterhilfe, Arbeitsbeschaffung usw.

## Schulden-Debatte in Paris

Ministerpräsident Herriot und Premierminister Macdonald sind in Paris eingetroffen. Anstehend beschäftigt sich das Komitee mit den Berliner Verhandlungen und mit der Schuldenfrage. Die Regierung wird, wie es in einem offiziellen Communiqué heißt, ihre Entscheidung erst fällen, wenn der Ministerpräsident nach einem Melungsaustausch mit verschiedenen Vertretern sich vor die parlamentarischen Ausfälle begeben haben wird.

## Konferenz ohne Neurath

Herrrots Anerkennung der deutschen Gleisberechtigung unzureichend.

— Genf, 8. Dezember.

Nach der Abreise des französischen Ministerpräsidenten Herriot und des englischen Premierministers Macdonald sind in Genf eine neue Befreiung der zwei Mächte statt, an der jedoch der deutsche Außenminister Greifk von Neurath nicht teilnahm. Als sein Vertreter war Gesandter von Weizsäcker erschienen. Die Diskussion war lediglich formeller Natur und bezog sich auf die technische Behandlung des von dem amerikanischen Delegationsführer Norman Davis ausgearbeiteten Vertragungsplans.

Der Plan sieht den Abschluss einer vorläufigen, bis Dezember 1936 begrenzten Abrüstungskonvention vor. Zu dieser vorläufigen Abrüstungskonvention soll die Feststellung der bisher auf der Abrüstungskonferenz erzielten Ergebnisse sein. Ferner soll eine Rüstungskontrolle gemäß den vom Büro der Abrüstungskonferenz aufgestellten Grundsätzen eingerichtet und eine ständige Abrüstungskommission geschaffen werden, deren Hauptarbeit die Vorbereitung eines am 1. 1. 1937 abzuhaltenden größeren Abrüstungsvertrages sein sollte.

Gesandter von Weizsäcker beschränkte sich bei diesen Erörterungen gemäß der grundsätzlichen Einstellung Deutschlands, das an der Diskussion über materielle Rüstungsfragen zur Zeit nicht teilnehmen kann und das den Davis-Plan abgelehnt hat, lediglich darauf, den Verhandlungen als Zuhörer zu folgen.

Die am Vortage von dem französischen Ministerpräsidenten Herriot abgegebene Erklärung hat an dieser Einstellung selbstverständlich nichts ändern können. Herrrots Erklärung lautete:

„Fronten erkennt an, daß es das Ziel der Konferenz ist, Deutschland und den anderen durch die Friedensverträge entlasteten Mächten die Gleisberechtigung in einem Regime zu gewähren, das für alle Nationen, wie für es selbst die Sicherheit im Gefolge haben würde.“ Das ist ein Schritt vorwärts, denn vor einigen Monaten hatte Paris sich selbst zu dieser vagen Anerkennung der deutschen Gleisberechtigung noch nicht verstanden. Eine Erklärung der deutschen Forderung kann in dieser Erklärung jedoch nicht ersehen werden!

Die offizielle deutsche Antwort auf den Vorschlag Herrrots dirkte erst in einigen Tagen erfolgen, nämlich nach der Rückkehr Herrrots und Macdonalds. Es wird als selbstverständlich angelehnt, daß die Entscheidung über einen so bedeutungsvollen Schritt eine eingehende Prüfung der maßgebenden deutschen Stellen notwendig macht.

Da aus der Formulierung der Erklärung Herrrots nicht hervorgeht, ob in Zukunft der Teil V des Vertrags von Versailles außer Kraft tritt und für Deutschland künftig die gleiche Rüstungsgesetzung gilt wie für die übrigen Mächte, nimmt man an, daß die deutsche Antwort im absehbaren Sinne ausfallen wird.

Unter diesen Umständen rechnet man damit, daß dann zwangsläufig der von Macdonald zunächst abgewiesene deutsche Vorschlag in den Mittelpunkt der Spannungsbeschreibungen treten wird. Die Aussichten für eine Annahme des amerikanischen Vones werden übriaus allgemein als

außerordentlich ungünstig bezeichnet, da außer der deutschen Abstimmung steht auch von englischer und italienischer Seite starker Bedenken vorgetragen werden, während die französische Unterstützung entschieden prostaftender geworden ist.

## Deutschlands Haltung

Berlin, 8. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Front-Wehrkreis-Verordnung in Genf ist in der deutschen Presse die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht zweckmäßig sei, wenn Reichsaußenminister Greifk von Neurath aus Genf abreise. Von zulässiger Stelle wird dazu erklärt, daß der Reichsaußenminister nicht nur die Befreiung der Abrüstungs- und Gleisberechtigungsfrage nach Genf gereist sei, sondern auch andere Fragen wegen, so vor allem wegen der Mandatsstreitfrage. Es sei nicht aufzutreten, daß der Reichsaußenminister in Berlin wegen der Vorschläge der anderen Seite angefragt habe. Er habe nur seinen Verhandlungspartnern mitgeteilt, daß er Berlin von den Vorschlägen unterrichten werde und sich selbst die Entscheidung vorbehalte.

An Berliner zuständiger Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der amerikanisch-französische Plan Deutschland nicht als ein solch acqui- unterzeichnet worden sei, sondern er sei Deutschland nur übermittelt worden als ein „natürlicher“ Weg zu weiteren Verhandlungen.“ Was die deutschen Vorschläge betreife, handele es sich gar nicht um eigentliche Vorschläge, sondern nur um eine Zusammenfassung über den Stand der Dinge, wie sie sich in der vorletzten Woche vor der Abreise Neuraths nach Berlin dargestellt hätten.

## Keine Kürzung der Beamtengehälter

Berlin, 8. Dezember.

Von zuständiger Seite wird zu den Gerüchten über eine angeblich bevorstehende neue Beamtengehälterkürzung, die nach Mitteilungen aus Kreisen des Einzelhandels bereits zu einer Beeinträchtigung des Weihnachtsgeschäfts beigetragen haben, festgestellt:

Selens des Reiches ist eine neue Gehaltskürzung weder in Aussicht genommen, noch erwogen worden. Von unterrichteter preußischer Seite wird hierzu erklärt, daß Preußen auf dem gleichen Standpunkt stehe wie das Reich.

## Keine Arbeitsdienstpflicht

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup über den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Berlin, 8. Dezember.

Auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages sprach Reichsarbeitsminister Dr. Syrup in seiner Eigenschaft als Reichsminister für den Freiwilligen Arbeitsdienst über Wesen, Zweck und Erfolge dieses Arbeitsdienstes. Er führte dabei u. a. folgendes aus:

Als der Freiwillige Arbeitsdienst durch die Verordnung vom 23. Juli 1931 eingeführt wurde, standen keinerlei Erfahrungen zur Verfügung. Die Entwicklung ist bisher zögernd und fallend vor sich gegangen. Heute beträgt die Zahl der Arbeitsdienstfreiwilligen 280 000. Der Arbeitsdienst umfaßt zwei große Zweetts, einen volkswirtschaftlichen und einen volkssozialen.

Es sind gewichtige wirtschaftliche Bedenken zu erheben, Betriebe zur Herstellung von Baumaterialien für die Arbeiter des Arbeitsdienstes oder Betriebe zur Ausstattung der Arbeitsdienstfreiwilligen mit Kleidung usw. in die Regie des Arbeitsdienstes zu nehmen. Die Übernahme derartiger Betriebe in die Regie des Arbeitsdienstes bedeutet einen so fühlbaren Eingriff in die private Wirtschaft, mit Beeinträchtigung der Konkurrenzverhältnisse und sonstigen Folgen, daß derartige Vorschläge aus wirtschaftlichen und grundsätzlichen Gründen nicht verantwortet werden können.

Dersele Gesichtspunkt muß in gleichem Maße auch für die Regiebetriebe der öffentlichen Körperschaften gelten. So- dann wandte sich der Reichsarbeitsminister der Frage der Finanzierung des Arbeitsdienstes zu.

Nach den bisherigen Erfahrungen sei im nächsten Haushaltsjahr mit einem durchschnittlichen Einsatz von 200 000 Arbeitsdienstfreiwilligen zu rechnen. Das bedeutet, daß dem Reichsminister ein Betrag von 120 Millionen zur Verfügung gestellt werden müsse. Ferner würden die Träger der Arbeiten aus ihren Mitteln weitere 80 Millionen Fm

entzubringen haben. Würde man die Einberufung einer ganzen Jahrgänge unserer männlichen Jugend in Betracht ziehen, so bedeutete das nach einem Anzug der körperlich untauglichen einen Einsatz von mehr als 500 000 jungen Leuten und mit 100 000 eine Gefangenschaftswandlung von rund 500 Millionen RM. Diese Zahlen ließen schon von der finanziellen Seite her erkennen, daß die Forderungen auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht nicht leicht zu erfüllen seien, ohne daß der privaten Wirtschaft erneut große Geldmittel entzogen werden.

Zum Schlusse betonte Reichsarbeitsminister Dr. Syrup noch die Gedanke des Freiwilligen Arbeitsdienstes habe durchgesetzt und die Erfahrung gezeigt, daß die Arbeit nicht ein Erwerb und Lebensunterhalt, sondern hauptsächlich Pflicht des einzelnen und ein ehrenvoller Dienst an Volk und Nation ist.

## Explosion bei Rathenow

Eine Arbeitergruppe durch eine explodierende Waffenstoffflasche zerstört.

Rathenow, 8. Dezember.

In dem großen Kunstwolle-Werk der J. G. Jäger-Industrie in Preußen (Westhavelland) ereignete sich am 10. Dezember eine schwere Explosionsunglück, bei dem zahlreiche Arbeiter den Tod fanden. Ein Schlossermeister aus Rathenow war mit seinen Arbeitern an einem Neubau mit Schweißarbeiten beschäftigt. Aus noch nicht aufzuhellender Ursache explodierte hierbei eine unter hohem Druck stehende Waffenstoffflasche. Die Explosion hatte verheerende Wirkungen. Mehrere in der Nähe stehende Arbeiter wurden zerstört und bis zur Unkenntlichkeit verbrüllt. Durch den gewaltigen Luftdruck stürzte eine Mauer ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Bisher wurden sieben Tote geborgen, wahrscheinlich sind außerdem noch einige Menschenleben zu beklagen. Eine größere Anzahl von Personen trug leichtere Verletzungen davon.

Die Unfallstelle ist ein wüstes Trümmerfeld. Drei Fenster im weiten Umkreis sind demoliert. An der Unfallstelle selbst, die mittler im Werk liegt, wurde in den Erdöden ein riesiges Loch gerissen. Der größte Teil der verunglückten Arbeiter stammt aus Rathenow. Unter ihnen befinden sich auch zwei Lehrlinge. Der Betrieb wurde durch die Explosion auf Stunden stillgelegt. Die Werkfeuerwehr leistete die erste Hilfe. Sämtliche Arbeiter der Umgebung wurden alarmiert.

## Geständnis des Giftkochs

Überraschende Wendung im Görlicher Giftmordprozeß.

Görlich, 8. Dezember.

Zu Beginn der Mittwoch-Vorhandlung im Görlicher Giftmord-Prozeß legte der Angeklagte Justiz vor allgemeinen Anwälten seine zweite Frau, als auch die Familie Grobars, sowohl seine zweite Frau, als auch die Familie Grobars, Vater, Mutter und Kind — mit Arten vergiftet hat. Lediglich den ihm zur Lauf gelegten Mord an seinem Schwiegervater, dem alten Türke, bestreitet er nach wie vor und behauptet, daß Türke versehentlich von dem mit Arten vergifteten Kaffee getrunken habe.

Im einzelnen schilderte der Angeklagte die Mordtaten folgendermaßen: Seiner zweiten Frau habe er am Tage nach der Entbindung das Arten in schwarzem Kaffee und auf Kuchen gestreut zugeführt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er dann keine Reue gehabt habe, antwortete Justiz: „Ich weiß nicht, wie ich dazu gekommen bin. Ich muß wohl von Sinnen gewesen sein.“ Die Frage nach dem Motiv der Tat beantwortete der Angeklagte:

„Meine Frau sollte sterben, weil sie sich zu meiner Schwiegermutter zurückzuziehen wollte.“

Justiz schilderte dann, wie er sich bei einem Drogisten das Gift zur Ermordung der Familie Grobars beschafft hat. Er behauptet aber nach wie vor, daß er ursprünglich sich selbst mit vergiftet wollte. Er habe in seinem Leben so viel Bitteres kennengelernt, daß er sich nicht wieder auf die Straße haben setzen lassen will. Die Frage des Vorsitzenden, ob er dann keine Bedenken gehabt habe, auch das kleine Kind der Grobars zu vergiften, beantwortete der Angeklagte dahin, daß es wohl auch für das Kind besser gewesen sei, wenn es tot war.

Nun überstiegen sie den Bodensee, der tief unter ihnen liegt. Die Mittagssonne läßt ihn aufleuchten, wie einen mächtigen Spiegel.

Die jungen Menschen können sich an dem wunderbaren Bild nicht satt sehen.

Aber bald ist der See ihren Blicken entchwunden, und andere schöne Landchaften zeigen sich ihnen. Die Süde aber gleichen Kinderbauten aus Spielzeugbäckchen.

De weiter sie nach Süden kommen, um so manngleichiger wird das Bild.

Karl und Thomas schauen und bewundern, bis der Gong den Dienst ruft.

Im Speiseraum finden sich alle siebenundachtzig Fahrgäste ein. Menschen vieler Nationen: Deutsche, Franzosen, Schweden, Italiener, Amerikaner, Spanier und sogar ein Japaner. Auch zwölf Brasilianer.

Der Reichstum ist hier versammelt.

Karl hat die Ruhe, die ihn stets auszeichnete, wiedergefunden. Sider und elegant spielt er neben Fräulein von Collenhouse. Thomas verflucht es ihm gleich zu tun. Karl fällt auf. Man zerbricht sich den Kopf über ihn. Wer und was ist dieser Collenhouse? Man ist ihm noch urgern in den Gesellschaften der oberen Zehntausend begegnet, sei es in Berlin, London, Paris oder in Buenos-Aires. Dabei hat dieser elegante Südländer ein Auftreten, als sei er das Meiste der großen Gesellschaften sein Leben lang gewohnt.

Karl hat eine liebliche Tischnachbarin bekommen, ein junges, schlanke Mädchen von vielleicht siebzehn Jahren.

Es ist Grit Harten, die Tochter des sich ebenfalls unter den mitreisenden befindlichen Bankiers Daniel Harten.

Karl hat den Namen aufgeschwippt. Der Vater interessiert ihn aber wenig. Harten ist dauernd über seine Sitzungen gebeugt, die er sich von Lindau mitgebracht hat. Für die Landstraße erübrigt er kaum einen Bild. Erlebnis der Fahrt steht ihm unbefriediger Begriff.

Das nimmt Karl wenig ein für ihn.

Dazu noch die geschäftliche Wichtigkeit. Als ob der Junker nur für ihn da wäre. Fortgesetzt läuft der Bantser Telegramme vom Zepp los und empfängt welche.

Dabei ist Daniel Harten ein hübscher, stattlicher Mann von verblüffendem Wesen. Ganz besonders liebenwürdig ist er zu seiner Tochter.

(Fortsetzung folgt.)

WOLFGANG MARKEN:

## KARL der Kleine

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(18. Fortsetzung.)

Fräulein Collenhouse lacht.

„Wo ist aber Ihr Freund?“

„Der wird auch bald eintreffen. Und wie haben Sie es sich nun wieder gedacht?“

Das alte Fräulein überlegt und schlägt dann vor: „Wir reisen noch heute nach mit dem Wagen. Ich wird Sie und Ihren Freund so verändern, daß man Sie beide nicht erkennen kann.“ Er hat eine Tintur, die die Haut sofort bräunt, und diese Bräunung hält mindestens einen Monat an. Ihr glatter Schleier soll zu einem Voiletopf umgearbeitet werden. Ebenso bei Ihrem Freund Tom. Der Friseur ist schon bestellt. Mein Reisewagen bringt uns diese Nacht nach Lindau. Ihre Böse haben Sie ja. Die Plätze auf dem Zepplin sind belegt. Es ist also alles in Ordnung, Karl. Ich will mich aber lieber daran gewöhnen, Sie von nun an als Alfredo zu nennen, wie Sie nach dem neuen Voil beitzen.“

„Das ist besser, ja! Alfredo klingt auch ganz nett, nicht wahr?“

„Ja!“

Thomas wird gemeldet.

Herzlich begrüßt sich die Freunde.

„Bist du jetzt fortgekommen?“ ist Karls erste Frage.

„Es wurde beinahe faul. Die Polizeibeamten befanden auf einem Interesse für mich, ich mußte mich schleunigst aus dem Staube machen, sonst hätten Sie mich vielleicht in deine Zelle gesperrt. Also, jetzt kann's losgehen!“

Ach! waltet seines Amtes, ihm schlägt sich der Friseur an, und als sich Karl und Thomas im Spiegel betrachten, erkennen sie sich kaum wieder.

Dunkle, ganz freunde, südländische Gesichter lachen sie an.

Aber Karl steht das Braut ausgeszeichnet, und das gefällt.

„Donnerwetter, Karl, was bitte jetzt für ein bildschöner Filmstar!“ ruft Tom lachend.



# Wiederwahl Görings

Mit 279 von 545 Stimmen. — Abg. Ester (St.) erster Vizepräsident.

— Berlin, 7. Dezember.

Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich bereits mehrere Stunden vor Beginn der Sitzung einige hundert Neugierige eingefunden. Bis in die erste Nachmittagssitzung war der Andrang aber noch bedeutend geringer als früher. Die Abstimmungen wurden zunächst durchaus milde gehandhabt. Erst später wurden wieder umfangreiche Sicherungsmaßnahmen um Tumulte in der Nähe des Wallstraße-Baues von vornherein zu vermeiden. Zu dem Zweck wurde das Reichstagsgebäude für jeden Fußgängerverkehr abgesperrt. Am Haupteingang hatten wieder zahlreiche Photoapparate und Filmoperatoren Aufstellung genommen.

## Die Eröffnung

Im Reichstagsgebäude selbst waren die Tribünen lange vor Beginn der Sitzung überfüllt. Auch das Haus wies starke Besetzung auf. Die neuen 584 Abgeordneten waren fast vollständig anwesend. Die Nationalsozialisten waren wieder in Uniform erschienen. Allgemein sah man der Sitzung mit großer Spannung entgegen, da inzwischen bekannt geworden war, daß man sich in der Fraktionsführerversammlung schließlich geworden war, im Anschluß an die Konstituierung des Hauses sofort die Wahl des Präsidiums vorzunehmen.

Pünktlich um 15 Uhr begab sich der nationalsozialistische Abgeordnete

### General Eitzmann,

der im 82. Lebensjahr steht und sowohl Alterspräsident des Reichstags als auch der Preußischen Landtage ist, zum präsidentenplatz, um die erste Sitzung des neuen Reichstages zu eröffnen. Die Nationalsozialisten begrüßten den Alterspräsidenten mit stürmischen Heils-Rufen, auf die die Kommunisten mit Nieder-Rufen antworteten. Nachdem der Alterspräsident festgestellt hatte, daß er das älteste Mitglied des Hauses sei, eröffnete er den Reichstag mit einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführte: Man habe erwartet gehabt, daß der Reichspräsident nach seinem jahrelangen fruchtbaren Experimenten zur befriedenden Tat läreten und den Führer der starken politischen Bewegung Deutschlands mit der Regierungsführung beauftragen würde. Es wäre dann die Wahl auf einen Mann gefallen, der allein fähig ist, das Vaterland zu retten. (Handklatschen von Nationalsozialisten, Lachen und „Nieder“-Rufe bei den Kommunisten.)

Im Anschluß an die Ausführungen des Alterspräsidenten stand der Name an und rief der Abgeordneten statt, der etwa eine halbe Stunde in Anspruch nahm.

Begehrte sofortige Erledigung der kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge auf Haftentlassung verschiedener Abgeordneter wurde Widerstand erhoben. Das Haus wunderte sich hierauf der

## Wahl des Präsidiums

zu, und zwar zunächst der Wahl des Präsidenten.

Es wurden 545 Karten abgegeben. Daraus entfielen auf die Abgeordneten Göring (Natioz.) 279, Löbe (Soz.) 120, Torgler (Kom.) 92 und Graef (Nat.) 51 Stimmen.

Das Ergebnis wurde von den Nationalsozialisten mit Heilsrufen und Handklatschen aufgenommen. Der mit Mehrheit gewählte Präsident Göring nahm die Wahl an und

ließ unter wiederholten Heilsrufen seiner Fraktion den Alterspräsidenten ab.

Präsident Göring dankte für das ihm durch die Wiederwahl entgegengebrachte Vertrauen. „Es wird meine Pflicht sein“, so fuhr er fort, „die Geschäfte des Reichstages der Verfassung und der Geschäftsordnung gemäß zu führen und allezeit für die Rechte des Volkes einzutreten. Das Wichtigste aber wird sein, unserem gequalten Volke Linderung seiner entgegengesetzten Not zu bringen, und in diesem Bestreben sollten sich alle Deutschen zusammenfinden.“

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten erhielt Abg. Ester (Zentrum) 445 von insgesamt 544 Stimmen. Ester war damit gleichfalls wiedergewählt.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhielten die Abgeordneten Rauch 195, Voche 198, Graef 58 und Torgler 95 Stimmen. Es war also Sitzwahl zwischen den Abgeordneten Rauch (Bapt. Bp.) und Voche (SPD.) erforderlich.

In der Sitzwahl wurde Abgeordneter Rauch von der Bayerischen Volkspartei mit 255 gegen 202 Stimmen, die auf den Abgeordneten Voche abgegeben wurden, gewählt.

### Voche dritter Vizepräsident

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten erhielten Abg. Hugo (DBP) 204, Abg. Löbe (Soz.) 193, Abg. Torgler (Kom.) 87 und Abg. Graef (Nat.) 52 Stimmen.

Bei der Sitzwahl entfielen auf Dr. Hugo und Voche je 205 Stimmen. Vizepräsident Ester teilt darauf unter allgemeiner Heilsfeier mit, daß nunmehr durch Los die Entscheidung gefügt werden müsse. gezogen wurde das Los des Abg. Hugo. Bei der Nachprüfung der Abstimmung ergab sich aber, daß von Dr. Hugo nur 204 Stimmen entfallen sind, während Abg. Löbe 205 Stimmen erhalten hat, der damit zum dritten Vizepräsidenten gewählt ist.

Anschließend wurde dann mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten die Haftentlassung von fünf Abgeordneten beschlossen.

## Doch einige Fortschritte?

Die Verhandlungen in Genf.

— Genf, 7. Dezember.

Die Besprechungen der Vertreter der fünf Großmächte werden fortgesetzt. Herrriot und Macdonald, die am Dienstagabend abreisten, haben in Aussicht gestellt, Ende der Woche wieder nach Genf zurückzukommen. In ihrer Abwesenheit werden die Verhandlungen auf französischer und englischer Seite von Paul Boncour und Sir John Simon geführt werden.

In französischen Kreisen wird behauptet, daß Fortschritte erzielt worden seien. Man spricht von einer Formel, in der die deutschen und die französischen Wünsche gleichmäßig berücksichtigt seien.

Über das bisherige Ergebnis der Fünferbesprechungen kann weiter folgendes mitgeteilt werden:

Durch das Eingreifen und die entschiedene Haltung des deutschen Außenministers ist die Erörterung wieder auf ihr eigenes Thema, die Frage der deutschen Gleichberechtigung, zurückgeführt worden. Dabei ergab sich, daß auch von französischer Seite grundätzlich, wenn auch noch in sehr unbestimmter Form, der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung

gewahrt wird. Der französische Ministerpräsident Herrriot hat hierzu im Namen seiner Regierung eine Erklärung abgegeben, die nach allgemeiner Auffassung vor sechs Monaten noch nicht möglich gewesen wäre, und die trotz aller gebotenen Vorbehalt einen Schritt vorwärts bedeutet.

Neben dieser französischen Erklärung steht im Vordergrund ein Vorschlag des deutschen Außenministers, wobei es sich nicht um eine tatsächliche Gleichberechtigung nicht nur das Verteilungsfestgelegt werden soll, da über die Einzelheiten eine Einigung jetzt noch nicht erreicht werden kann. Ende Januar die weiteren Beschlüsse der Hauptdelegierten vorbereitet.

Über den Verlauf der Besprechungen verlautet u. a. vor. Der deutsche Außenminister wies darauf hin, daß die Erziehung aller zu lösenden Fragen darstellt. Er unterbreite Vorschläge, auf deren Erörterung Macdonald im Augenblick mit Rücksicht auf ihren weitgehenden Charakter nicht mehr Herrschaft folgende Erklärung ab:

„Franzreich erkennt an, daß es das Ziel der konferenzierten Regierung einzuwähnen möchte die Gleichberechtigung in einem Regime zu gewähren, das für alle Nationen, wie für es selbst die Sicherheit im Gefolge haben würde.“

Angesichts dieser französischen Erklärung wurde der deutsche Außenminister gefragt, ob unter diesen Umständen der Wiedereintritt Deutschlands in die Abstimmungskonferenz möglich wäre. Reichsausßenminister von Neurath ging auf diese Frage nicht ein, sondern behielt sich die Stellungnahme zu der französischen Erklärung vor.

Es entwickelte sich nun hauptsächlich zwischen dem amerikanischen und dem französischen Delegierten eine Auseinandersetzung über den amerikanischen Plan, wobei sich ergab, daß der amerikanische Plan von französischer Seite, wenn auch aus anderen Gründen, noch stärker abgesetzt wird als von Deutschland. Die Einflussnahme Englands zu dem Davosplan ist noch nicht klar zu erkennen, und die italienischen Vertreter halten sich sehr zurück. Der amerikanische Vertreter besteht aber auf der weiteren Diskussion seines Planes. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die nächsten Tage in Abwesenheit des französischen und des englischen Regierungshauses hauptsächlich mit der Diskussion des englischen Planes ausgefüllt sein werden. Der deutsche Außenminister wird dabei, da Deutschland an dem amerikanischen Plan keinen Interesse hat, nur die Rolle eines Beobachters spielen.

## Politische Rundschau

Die für den heutigen Donnerstag in Aussicht genommene Vollistung des Reichstags ist auf Wunsch mehrerer Länderregierungen wegen des katholischen Feiertags auf den 15. Dezember verlegt worden.

Empfänge beim Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg empfing zur Verabschiedung des bisherigen Reichsminister des Innern Freiherrn von Gans und den bisherigen Reichsarbeitsminister Schäffer. Am 15. Dezember empfing der Reichspräsident noch den mit der Wahrnehmung der Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft beauftragten Ministerialdirektor Sperr.

### Zum Weihnachtsfest empfiehle preiswert:

Ia. Weizenmehl	... . . . .	a Pfd. 22 Pfg.
Ia. Sultaninen	... . . . .	a Pfd. 42 Pfg.
Ia. Korinthen	... . . . .	a Pfd. 45 Pfg.
Ia. Kokosflocken	... . . . .	a Pfd. 35 Pfg.
Ia. Citronat	... . . . .	1/4 Pfd. 30 Pfg.
Ia. Bocköl	... . . . .	Ltr. 55 Pfg.
sowie sämtliche Backzutaten ferner Ia. gebrannte Kaffees in div. Preislagen, Rödelschlitten, Geschenkartikel aller Art.		

## L. Wenzel, Elbersdorf

Colonialwaren, Tabake, Kurzwären, Haar- und Küchengeräte.

### Sprechtag im Kreisaußschuß.

Bei einer ordnungsmäßigen und pünktlichen Sprechtag der Verwaltungsgesamtheit zu gewährleisten, hat der Vorsitzende des Kreisaußschusses Welsingen für das Büro der Kreisverwaltung besondere Sprechtag eingerichtet. Sie werden abgehalten am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche. In der Zeit von 8 — 12 Uhr kann an den so genannten Tagen in den Geschäftsräumen vorgesprochen werden.

Spangenberg den 6. Dezember 1932.

Der Bürgermeister, Stein.

### Wandergemebeschein 1933.

Anträge auf Ausstellung von Wandergemebescheinen für 1933 sind alsbald zu stellen, da sonst nicht Gewähr geleistet werden kann, daß die Gewerbeschäfte rechtmäßig im neuen Jahre vorliegen.

Spangenberg, den 6. Dezember 1932.

Der Bürgermeister, Stein.

### Freim. Sanitätsholonne vom Roten Kreuz.

Die Kolonne beginnt am Sonnabend, den 10. 12. 32. 20 Uhr im Ratskeller einen Ausbildungskursus in „Freie Hilfe bei Unglücksfällen.“

Die Ausbildung erfolgt unentgeltlich. Wer Interesse für den Ratskeller hat, (Damen und Herren), wollen sich zur angegebenen Zeit im Vereinslokal einfinden.

Das Kommando.

## Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, d. 11. Dezemb. abends 8<sup>15</sup> Uhr

## Herbstzeit am Rhein

in 6 Akten.

### Und 2 Lustspiele

### Larry Semon als Schüler

und

### Bussertal

### Chorverein

„Biederkränzchen“

### Kleinkaliber Schützenverein.

Sonnabend Abend 19 Uhr

### Besammlung

Wegen der Wichtigkeit der Besammlung ist vollständiges Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.

Zum Räucher von

### Hausmacherwurst

unser empfiehle ich meinen neuen Räucher-Apparat zur leichten Benutzung.

Mäßige Benutzungsgebühr.

W. Tornseifer

Neustadt 57.

### Billige Lebensmittel für Weihnachten!

Hausch. Margarine	1 Pfd. 28 Pfg.
Cocosfett	1 Pfd. 28
Schweineschmalz	1 Pfd. 50
Weizenmehl	5 Pfd. 90
Knoblauchwurst	1 Pfd. 98
Leberwurst	1 Pfd. Dose 55
Handkäse Bodenf.	10 Stck. 35
Limb. Käse o. Rinde	1 Pfd. 52
Holl. Heringe	10 Stck. 45
Zwiebeln	1 Pfd. 08
Spiese Essig	1 Ltr. 20
Apfelsinen	Stck. 10
Tomaten, schnittfest	Pfd. 55
Pfeffernüsse	Pfd. 50
Haselnüsse	1 Pfd. 04
Walnüsse	1 Pfd. 038,

### Hess. Lebensmittelhaus

Spangenberg

Markt

## Reichsverband deutscher Kriegsopfer

(Früher: Bentele-Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Ortsgruppe Spangenberg.)

Sonntag mittag 2 Uhr

## Versammlung

im Grünen Baum.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Der Vorstand.

### Gestellungen auf Christbäume

werden bis zum 15. 12. 32. auf Zimmer 3 entgegen genommen.

Spangenberg, den 6. Dezember 1932.

Der Magistrat, Stein.

## fest Euer Heimatblatt.

### Inserieren bringt Gewinn.

Glücksbringer

Nachmittag ins Land

Durch die

Druck und

Nr. 148

Während

Baute in Wirt

vertretung schwier

ten Wahlen ist d

es sieht keine

mehr ein

eine schwer zu b

erzielung höher

Wird der neue R

ollen will

schaffung von Ar

zien, die jetzt

ausgelöscht sind

Aufgabe erfüllt

Um ersten T

Reichstag

berücksichtigt

Bildung der Prä

reisung

Wiederholung

Wiederholung

Wiederholung

Wiederholung

Wiederholung